

KÖPFE GEGEN KOPFPAUSCHALE

Für eine solidarische Krankenversicherung der Zukunft.



Aktionsbündnis Köpfe gegen Kopfpauschale.

Eine Initiative des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB).



Die Kopfpauschale. Was bedeutet das eigentlich?

- Mit der Kopfpauschale sollen **einkommensunabhängige Beiträge** zur Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) eingeführt werden.
- Außerdem soll dabei der **Beitrag der Arbeitgeber** (heute 7 %) **eingefroren** werden – das bedeutet: Die Versicherten müssten dann auch noch alle Kostensteigerungen in der GKV allein tragen.



Und was bedeutet das für die Versicherten?

- Anders als heute würden die Mitglieder der GKV nicht mehr einen prozentualen Beitrag von ihrem Einkommen zahlen (heute 7,9 %), sondern **alle eine gleiche Pauschale – egal ob Sekretärin oder Abteilungsleiter**.
- Ein solcher **Systemwechsel** würde bei einem Einkommen von 1.000 Euro zu einer **Belastung** führen, die einer Beitragserhöhung von bis zu 84 % entspricht.
- Wenn die Gutverdiener dagegen weniger zahlen als heute, **fehlt viel Geld** – schließlich zahlen sie nicht plötzlich höhere Steuern.
Gleiches bei den Arbeitgebern: Wenn sie die Kostensteigerungen in der GKV nicht mehr mittragen, werden die **Belastungen für die Versicherten schnell steigen**.

KÖPFE GEGEN KOPFPAUSCHALE

Für eine solidarische Krankenversicherung der Zukunft.



Die Kopfpauschale. Wer will das eigentlich?

- **80 %** der Bürgerinnen und Bürger **lehnen die Kopfpauschale ab.**
- Die Koalition aus CDU/CSU und FDP hat die Grundlagen für die Kopfpauschale im Koalitionsvertrag festgeschrieben. FDP-Gesundheitsminister Rösler hat eine „Regierungskommission“ einberufen, die die Umsetzung der Kopfpauschale erarbeiten soll.
- Innerhalb der **Koalition** gibt es allerdings offene **Widersprüche**:
Die CSU lehnt einkommensunabhängige Pauschalen ab.
Das Bundesfinanzministerium hat errechnet, dass der Spitzensteuersatz für einen kompletten Systemwechsel auf 73 % bzw. 100 % erhöht werden müsste.



Und dieser „Sozialausgleich“. Wie geht das?

- Bundesgesundheitsminister **Rösler** sagt, es solle einen „automatischen Sozialausgleich“ für diejenigen geben, die die Kopfpauschale nicht bezahlen können – **wie das gehen soll, weiß er selbst noch nicht.**
- Bei einer Umstellung auf die Kopfpauschale bräuchten **60 % der Versicherten einen solchen staatlichen Zuschuss.**
- Anders als beim heutigen – tatsächlich automatischen – Solidarausgleich zwischen den Versicherten der GKV müssten sich die Betroffenen einer **strengen Bedürftigkeitsprüfung** unterziehen.
- Für den „Sozialausgleich“ wären **22 – 35 Mrd. Euro** Steuermittel pro Jahr nötig. Das Geld ist nicht da.



Kein Geld für „Sozialausgleich“. Und dann?

- Wegen der Rekord-Neuverschuldung, der Banken- oder Griechenlandhilfe und der Schuldenbremse ist es **kaum vorstellbar, dass ein „Sozialausgleich“ über Steuermittel finanziert wird.**
- Es gibt zwar schon **Steuerzuschüsse**, doch diese **werden für gesellschaftliche Leistungen der GKV gebraucht.** Außerdem wurde die Senkung des Beitragssatzes um 0,6 Prozentpunkte zuletzt durch entsprechende Steuerzuschüsse finanziert.
- Diese Steuermittel dürfen nicht einfach umdeklariert werden, denn **sonst fehlen Milliarden für gesundheitliche Leistungen.**



Gefährdet die Kopfpauschale die Gesundheit?

- Wenn **keine Steuermitteln** zur Verfügung stehen, wird die Bundesregierung alles daran setzen, den **Ausgleich** für die Kopfpauschale möglichst **gering** zu halten.
- Das bedeutet aber, dass die Leistungen der GKV insgesamt auf den Prüfstand kommen und die Koalition versucht, einen Teil der **Leistungen vorab zu privatisieren**.
- Die Kopfpauschale ist deshalb auch eine **Gefahr für die Versorgung**.



Die Kopfpauschale. Wem hilft das?

- Die **Kopfpauschale hilft nur den Arbeitgebern:**
Es ist das erklärte Ziel von CDU/CSU und FDP, die Arbeitgeber zu entlasten.
- In den ersten Jahren würden auch Gutverdienende entlastet – allerdings ist dies nur relativ, weil die Kopfpauschale schnell steigen wird.



Aber müssen Reformen nicht sein?

- Ja, **Reformen müssen sein**, denn wegen der schwachen (zuletzt negativen) Lohnentwicklung durch das Lohndumping und den sich immer stärker ausbreitenden Niedriglohnsektor erodiert die Einnahmehasis der GKV.
- Schon für das nächste Jahr **2011** ist ein **Defizit** von mindestens **10 Mrd. Euro** zu befürchten.
- Dieses Problem wird sich durch die **demographische Entwicklung** noch verstärken, weil die **Einnahmen** dadurch **weiter sinken**.
- Außerdem ist **nicht alles gut und gerecht in der Krankenversicherung**. Wir wollen die **Solidarität deshalb ausbauen**.



Was will das Aktionsbündnis?

- Das Bündnis will die **Kopfpauschale stoppen**.
- Das Bündnis fordert die **solidarische Bürgerversicherung**:
Wir wollen, dass sich alle Bürgerinnen und Bürger nach ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit an der Finanzierung eines solidarischen Gesundheitssystem beteiligen. Durch die Einbeziehung von Kapitaleinkünften und den Privaten Versicherungsunternehmen kann die solidarische Finanzierungsbasis nachhaltig stabilisiert werden.
- Das Bündnis fordert nicht zuletzt, dass die **Arbeitgeber** wieder **paritätisch** an der GKV-Finanzierung **beteiligt werden** – sie zahlen seit 2005 rund 9 Mrd. Euro weniger an Beiträgen, insgesamt nur noch 40 % der Gesundheitsausgaben.

KÖPFE GEGEN KOPFPAUSCHALE

Für eine solidarische Krankenversicherung der Zukunft.



Wer sind „Köpfe gegen Kopfpauschale“?

- Das Bündnis ist ein Zusammenschluss von DGB und Mitgliedsgewerkschaften sowie **Sozial-, Wohlfahrts-, Frauen- und Jugendverbänden**, gesundheitspolitischen **Interessenvertretungen** und **Kampagnen-Diensten**.
- Das Bündnis hat ein **Potenzial** von mehr als **25 Mio. Mitgliedern**.
- Unterstützt wird das Bündnis auch durch **prominente Botschafter** wie Dieter **Hildebrandt**, Lea **Rosh**, Günter **Wallraff**, Friedrich **Schorlemmer**, Klaus **Staeck** oder Fatih **Cevikkollu** und **Lothar Dombrowski**.
- Das Bündnis ist **parteiunabhängig**, wird jedoch auch von prominenten Vertretern aus den Parteien unterstützt.



Was machen „Köpfe gegen Kopfpauschale“?

- Das Bündnis informiert und lädt zum **Mitmachen** ein: Auf www.stoppauschale.de findet sich ein breites Angebot auch mit Materialien für Aktionen vor Ort.
- Das Bündnis organisiert sich dezentral – und formt sich in den Bundesländern, Städten und Gemeinden. Der DGB tritt auch vor Ort als Koordinator auf.
- Die Bündnisaktivitäten konzentrieren sich auf einen Dialog mit Parteien und Bundestagsabgeordneten. Eine erste zentrale Bündnisveranstaltung mit dem Bundesgesundheitsminister ist am 07. Juli 2010 in Berlin geplant.
- **Sobald die Koalition konkrete Vorschläge auf den Tisch legt, werden weitere Aktionen gestartet (E-Petition u. a.).**

KÖPFE GEGEN KOPFPAUSCHALE

Für eine solidarische Krankenversicherung der Zukunft.



Wie kann ich mitmachen?

- Mitmachen ist gefragt – und ganz einfach: Im Online-Portal www.stoppauschale.de gibt es vielfältige Möglichkeiten, um Gesicht und Meinung zu zeigen; auch ist ein Aktionswettbewerb gestartet.
- Anregungen für Aktionen und Aktivitäten nimmt der DGB vor Ort gern entgegen.



Und wie geht's weiter?

- Es hängt alles davon ab, was die Bundesregierung nach der **Landtagswahl in NRW** auf den Tisch legt.
- Das Bündnis fordert, dass die Pläne für die Kopfpauschale verschwinden und die Solidarität in der GKV ausgebaut wird.
- Klar ist, dass das Bündnis **auch gegen eine kleine Kopfpauschale Sturm laufen** wird. Denn schon der erste **Testballon der Koalition** im März 2010 mit einer **Kopfpauschale von 29 Euro** zeigt, dass die **Versicherten einseitig und höchst ungerecht abkassiert** werden: Die Gutverdiener würden minimal entlastet, Geringverdiener oder Rentnerinnen und Rentner mit einem Monatseinkommen von 1.000 würden um bis zu 36 % mehr belastet.

KÖPFE GEGEN KOPFPAUSCHALE

Für eine solidarische Krankenversicherung der Zukunft.



Und wie werde ich informiert?

- Auf www.stoppauschale.de kann sich jede/r registrieren und wird sofort informiert, wenn sich die Lage ändert oder zuspitzt und das Bündnis zu bundesweiten Aktionen aufruft.
- Außerdem informiert der DGB-Bundesvorstand, Bereich Sozialpolitik, regelmäßig mit seinem **Newsletter** „sozialpolitikaktuell“ über neue Entwicklungen. Eine E-Mail an den DGB reicht.

Vielen Dank.